

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 10

Artikel: Sinkiang und die Mongolei : wo der sino-sowjetische Status quo wirklich gefährdet ist
Autor: D.A.O.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095539>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

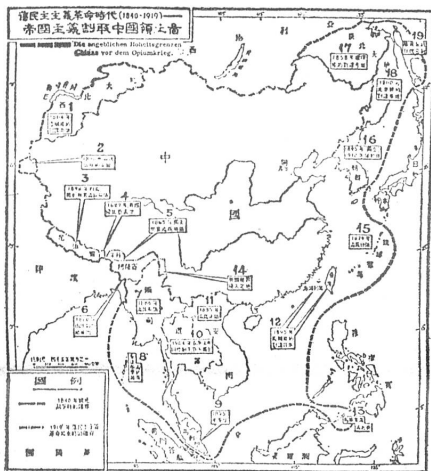
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wo der sino-sowjetische Status quo potentiell wirklich gefährdet ist

Sinkiang und die Mongolei

Wenn je Bewegung in den sino-sowjetischen Stellungskrieg kommen sollte, dann sind die anfälligen Gebiete nicht an der mandchurisch-sibirischen Grenze zu suchen, die wegen der Zwischenfälle am Ussuri das Interesse der Welt gefunden hat. Dort ist der beidseitige Herrschaftsbereich nämlich machtmässig gesichert und etabliert. Weder die Anfechtbarkeit alter Verträge noch Streitigkeiten um unbewohnte Inseln ändern etwas daran. Am Amur und Ussuri stehen einander Chinesen und Russen (die altsibirischen Minderheiten sind belanglos geworden) auf national gefestigten Territorien gegenüber, die in voraussehbarer Zukunft nicht in Frage gestellt werden können. Die wirklich heiklen Gebiete liegen im Westen davon. Es sind die gewaltigen Flächen der Mongolischen Volksrepublik (Aeusserer Mon-

golei) einerseits und der chinesischen Provinz Sinkiang andererseits. In beiden Fällen ist die Zugehörigkeit alles andere als definitiv. Die Mongolei ist heute ein souveräner Staat von Moskaus Gnaden, aber Peking braucht die Hoffnung nicht aufzugeben, das Abhängigkeitsverhältnis wieder einmal zu seinen Gunsten umzukehren. Andererseits könnte die Sowjetunion aus der Uighurischen Region Sinkiang ein ähnliches Abschirmungsgebilde gegen China machen wollen, wie sie es im Falle der Mongolei erreicht hat. Hier wären schwerwiegende Kräfteverschiebungen möglich, ohne dass ein sino-sowjetischer Krieg impliziert würde, wie denn schon die sowjetische «Aneignung» der Mongolei praktisch reibungslos vor sich gegangen ist. Sinkiang ist chinesisches Territorium auf Zusehen hin.



Sinkiang ist wichtig und — schwach

Das anfälligste Gebiet Chinas im Falle einer verschärften Auseinandersetzung mit der Sowjetunion wäre seine riesige Nordwestprovinz Sinkiang, die an die zentralasiatischen Sowjetrepubliken grenzt. Sie hat als nukleares Testgebiet Chinas ihre enorme strategische Bedeutung und leistet mit ihren Erdölvorkommen einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung des Landes. Die autochthone Bevölkerung aber ist traditionell gegen die Chinesen und gegen die Pekinger Zentralgewalt eingestellt, was die Behauptung dieser dünnbesiedelten Region nicht erleichtern würde.

Mit Tibet zusammen war Sinkiang das letzte der chinesischen Gebiete, in welchem nach der Kulturrevolution die neuen machtausübenden Organe der Revolutionskomitees errichtet werden konnten. Das war im September des letzten Jahres. Die besondere Nationalitätenzusammensetzung, weitgehender Fraktionismus unter den Roten Garden und die eigenwillige Politik des regionalen Machthabers Wang En-mao, der möglicherweise nicht über die Drohung eines Zusammenschlusses mit den Sowjets erhaben war, um sich seine Selbständigkeit von Peking bestätigen zu lassen, hatten bis anhin die Etablierung der neuen maoistischen Machtstrukturen verhindert. Inzwischen gilt Wang als entmachteter, aber anscheinend dauernd Unruhen in Sinkiang an, wie den Radio- und Presseberichten dieses Frühjahr zu entnehmen ist.

Alte Turkvölker und neue chinesische Einwanderer

Im Rahmen der Volksrepublik China war die Uighurische Autonome Region Sinkiang am 1. Oktober 1955 gegründet worden. Sie ist mit ihren 1,7 Millionen Quadratkilometern gut 40-mal so gross wie die Schweiz. Die Einwohnerzahl wurde von der Agentur Neues China für September 1968 mit acht Millionen angegeben.

Die Uighuren machen 70 Prozent der Bevölkerung aus. Dazu kommen noch Kirgisen, Usbeken, Tataren und Kasachen. In der gegenwärtigen Situation ist es dabei von besonderem Belang, dass alle diese Völker ihre ethnische Entsprechung nördlich der Grenze in der Sowjetunion haben, wo die gleichen Turkvölker, stark mit Russen durchsetzt, ebenfalls in den Grenzgebieten wohnen. Bereits zu Beginn der sechziger Jahre, und später wieder zur Zeit der chinesischen Kulturrevolution, hatte es eine umfangreiche Fluchtbewegung dieser Nationalitäten (plus

Mongolen aus der Innern Mongolei) in die UdSSR gegeben.

Der chinesische Bevölkerungsanteil in Sinkiang ist innerhalb der letzten zwanzig Jahre durch eine gezielte Einwanderungspolitik stark angestiegen, nämlich von 200 000 bis 300 000 im Jahre 1949 auf geschätzte zwei bis drei Millionen heute.

Der einheimische Widerstand gegen die chinesische Zentralgewalt, der schon zur Zeit der Dynastien und später des Kuomintang bestand, hat in der kommunistischen Periode dadurch neue Nahrung erhalten, dass Peking massiv gegen die traditionelle islamische Religion vorging. Im weiteren wurde die regionale Kultur durch die Schriftreform beeinträchtigt, die nach einigen vergeblichen Anläufen 1965 unter eindeutig politischen Vorzeichen (Verhaftung und Entlassung von kulturellen Persönlichkeiten als Kampf gegen den Revisionismus) gewaltsam durchgeführt wurde. Seither findet der Kampf gegen die nationale Identität der autochthonen Völker auf allen Ebenen statt, nicht zuletzt in den Schulen, wo der eingeschränkte Unterricht in den Türk-sprachen von chinesischen Lehrern erteilt wird.

Interimsmonarch Wang En-mao

Zwischen 1955 und 1967 entwickelte sich Sinkiang auf einer Linie, die immer in etwas von den zentralen Direktiven aus Peking abwich.

Der regionale Führer Wang En-mao, der als Erster Parteisekretär und als Kommandant der Militärregion Sinkiang die entscheidenden Machtpositionen vereinigte, hatte in einem unüblichen Ausmass freie Hand, die Pekinger Anweisungen nach seinem Gutdünken zu interpretieren. Angesichts der stets prekären Sonderlage dieser Provinz war man mit dieser Regelung anscheinend auch in Peking bis 1965 zufrieden. Darnach änderte sich die grundsätzliche Einstellung, aber man war bis in die jüngste Zeit immer noch gezwungen, vorsichtig zu operieren. Man konnte sich nicht leisten, den selbstherrlichen chinesischen Statthalter mitten in der Kulturrevolution in einen Irredentismus zu treiben, welcher dem nuklearen Testgebiet bei Lop Nor und den Oelfeldern von Karamai hätte gefährlich werden können. Auch hätten die Sowjets, welche schon die nationalistischen Widerstände ausnützen mochten, von einem Streit zwischen chinesischen Machthabern vielleicht in gefährlicher Weise profitieren können. Zur Machtprominenz in Sinkiang gehörten vor der Kulturrevolution weiter Saifudin, Inhaber zahlreicher Ämter und stellvertretender Kommandant der Militärregion, sowie

Die 1954 in China herausgegebene Karte über die «verlorenen Gebiete» enthält keinerlei Anmerkungen über die Zugehörigkeit zu China. Dagegen wird mit Nummer 1 verzeichnet «Der Grosse Nordwesten», der dem imperialen Russland 1864 vertragsweise zufiel. Es handelt sich um Gebiete der heutigen Sowjetrepubliken Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan. In Wirklichkeit hat allerdings China nicht die geringste Aussicht, diese Territorien «zurückzugewinnen», während es viel realistischer scheint, der Sowjetunion Chancen einzuräumen, bei Gelegenheit aus Sinkiang einen Pufferstaat unter ihrer Obhut zu machen, eine Art zweiter Mongolei.

Burhan Schahidi, Vorsitzender der Chinesisch-Islamischen Vereinigung. Beide verschwanden 1965 aus dem öffentlichen Leben, aber im Unterschied zu Schahidi gelang Saifudin darnach ein politisches Comeback.

Der schwierigste Fall für die Kulturrevolution

Die Geschichte der Kulturrevolution in Sinkiang war besonders verwirrt und besonders blutig. Schon bald nach der Ankunft von 400 Rotgardisten aus Peking im September 1966 wurde es offensichtlich, dass die Durchführung der Bewegung in Sinkiang auf besondere Schwierigkeiten stieß. Nebst anderen Gruppierungen zählte man bald zwei hauptsächlich Revolutionszentren, nämlich das Erste Rote Hauptquartier (angeblich von Wang En-mao unterstützt) und das Zweite Rote Hauptquartier (angeblich von Tschu En-lai als die echte maoistische Organisation betrachtet). Beide standen untereinander in blutiger Fehde, und beide vermochten, was der Auseinandersetzung ihren sehr ersten Charakter verlieh, sich je ungefährt hälftig die Unterstützung der in Sinkiang stationierten Armee-Einheiten zu sichern. So kam es zu eigentlichen kriegerischen Gefechten, Flugzeugabschüssen und dergleichen. Beidseits wurden auch Beschuldigungen der Kollaboration mit den Sowjets laut.

Im Zwielflicht stand die ganze Zeit über die Person Wangs. Einerseits betrachtete ihn die gesamtchinesische Bewegung der Kulturrevolution immer als einen Feind, zuweilen sogar, laut Plakaten der Roten Garden in Peking, als «Hauptträger der Konterrevolution in China». Andererseits wurde er bis in den Januar 1969 immer wieder in Peking an der Seite Maos gesehen und liess sich dann jeweils bei seiner Rückkehr in Urumchi, der Hauptstadt Sinkiangs, von seinen eigenen Anhängern als treuesten Schüler Maos feiern, während ihn seine Gegner auch dort einen «antimaoistischen lokalen König» nannten. In den Zwischenstufen der politischen Realität herrschte offenbar der Kompromiss. Wang konnte anscheinend den zentralen Machthabern in Peking gegenüber einige Trümpfe ausspielen. Möglicherweise drohte er unter anderm auch damit, die Sowjetunion zu Hilfe zu rufen. Nach unbestätigten Meldungen liess er im Februar 1967 in Ulan Bator, der Hauptstadt der Mongolischen Volksrepublik, von seinen Leuten Gespräche mit sowjetischen Vertretern führen. Jedenfalls roch die mit Verspätung auf alle übrigen Provinzen im September 1968 zustande gekommene Gründung des Revolutionskomitees in Sinkiang nach Kompromiss zwischen Peking und Urumchi. Vorsitzender wurde mit dem bisherigen Kommandanten des Militärdistriktes Hunan, Lung Schu-tschin, ein importierter neuer Mann, aber Wang En-mao (sowie auch Saifudin) war immerhin unter den stellvertretenden Vorsitzenden aufgeführt.

Im Dezember 1968 und in den ersten Monaten von 1969 verschärfte sich dann die Kampagne gegen Wang, der allerdings nicht mit Namen genannt wird, sondern anonym der Freundschaft mit Liu Schao-tschin, der Feindschaft gegen die proletarische Revolution und der Errichtung eines «wasserdichten separatistischen Königreichs in Sinkiang» beschuldigt wird. Anscheinend verfügt Wang nunmehr nicht länger über die öffentlichen Sprachrohre, um dieser Kampagne entgegenzutreten, wenn er auch immer noch über Anhänger verfügen dürfte.

Auf jeden Fall ist in Sinkiang die Ruhe noch nicht eingekehrt, was sich schon aus den Radioaufrufen Pekings an die Armee ergibt, sich auf die Bewachung der feindlichen Grenze zu konzentrieren, statt sich mit Fraktionskämpfen zu schwächen.

Unabhängig von diesen Rivalitäten, wenn auch durch sie gefördert, gehen auch die nationalistischen Unruhen weiter. So sollen kürzlich 4000 bewaffnete uighurische Nomaden in der Nähe der grenznahen Stadt Kuldja den chinesischen Truppen ein erbittertes Gefecht geliefert haben. Auch sollen die Sowjets über Lautsprecher in uighurischer Sprache den lokalen Aufständischen Zuflucht auf ihrem Territorium angeboten haben. Aber die Sowjetunion ist dafür in ihrer mongolischen «Provinz» unsicher.

Die Auseinandersetzung zwischen China und der UdSSR hat auch den alten Streit um die Aeusseren Mongolei, die jetzige Mongolische Volksrepublik, verschärft, in welche die Sowjets in den letzten Wochen erhebliche militärische Verstärkungen gesandt haben.

Die Mongolei wird aufgerüstet

Die chinesische Presse ihrerseits beschuldigt in den kräftigsten Tönen die UdSSR der kolonialen Ausbeutung der Mongolei. So nehme sie im angeblichen Handelsaustausch vier mongolische Pferde für ein einziges russisches Fahrrad. Die Verschuldung der Mongolei gegenüber der UdSSR sei zehnmal höher als der Gesamtwert

des Viehstandes (dem hauptsächlich Reichtum des Landes) der ganzen Mongolei.

Die Grenzen sind gegeben — aber es geht um die Einflüsse

Bei den Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und China um die Mongolei geht es weniger um Grenzprobleme als vielmehr um die Frage, von welchem der beiden Nachbarstaaten die Mongolische Volksrepublik abhängig ist oder sein wird.

Die dritte Möglichkeit, eine effektive Unabhängigkeit der Aeusseren Mongolei, ist aus machtpolitischen und geographischen Gründen nicht denkbar. Ein Gebiet mit einer Grösse von 1,5 Millionen Quadratkilometern und knapp einer Million Einwohnern, dessen Grenzlinie mit China 4000 Kilometer und mit der Sowjetunion 3000 Kilometer lang ist, kann eine völlige Unabhängigkeit nicht erreichen.

Wechselvolle geschichtliche Zugehörigkeit

Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass China die Aeusseren Mongolei als einen alten Bestandteil des Chinesischen Reiches betrachtet. Seit der Eroberung Chinas durch die Mandschus, einen den Mongolen verwandten Tungusenstamm, im 17. Jahrhundert, gehörten fast alle Mongolen über nahezu 300 Jahre (1644—1911) zum Chinesischen Reich.

1911, als während der chinesischen Revolution die Mandschu-Dynastie gestürzt wurde, konnte



Wirtschaftlich ist heute die Mongolei ein echtes Kind der UdSSR. Strasse in Ulan Bator.



Solange es symptomatisch ist, dass die Sowjets ihre Grenzen mit Panzern bewachen und die Chinesen mit Wimpeln angreifen (sino-sowjetische Grenz-bilder aus «Front», Belgrad), ist auch das gegenseitige Machtverhältnis charakterisiert.

die Aeusseren Mongolei von China nicht gehalten werden. Der seit Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmende russische Einfluss und die russischen Aktionen im Jahre 1911 führten zu einer Lösung der Aeusseren Mongolei von China.

Die Oktoberrevolution in Russland änderte die Lage schlagartig. Chinesische Truppen besetzten die Aeusseren Mongolei. Unter dem Zwang der Verhältnisse bat die Regierung in Urga, auf ihre Autonomie verzichten zu dürfen und wieder in den chinesischen Staatsverband aufgenommen zu werden.

Moskau war jedoch nicht bereit, auf seine Einflussphäre zu verzichten. 1920, als die Rote Armee Irkutsk und Transbaikalien zurückerobert hatte, unterstützte Moskau die Tätigkeit mongolischer Revolutionäre, die im März 1921 in Kjachate auf sowjetischem Territorium eine «provisorische mongolische Regierung» bildeten. Sie nannten sich «Mongolische Revolutionäre Partei» und zählten insgesamt 160 Mitglieder. Es ist wohl die geringste Minderheit, die jemals im Namen des Kommunismus die Macht ergriffen hat.

Am 20. April 1921 wandte sich die provisorische Regierung an die Regierung der UdSSR mit der «Bitte», die Rote Armee in die Mongolei einmarschieren zu lassen und das Land von der Gewaltherrschaft zu «befreien». Der Charakter solcher Hilfsversuche an Moskau ist aus zahlreichen ähnlichen Fällen bekannt.

Am 26. Juni rückte die Rote Armee in die Mongolei ein und besetzten am 6. Juli 1921 die mongolische Hauptstadt Urga, heute Ulan Bator. Am 11. Juli 1921 setzte die Rote Armee die provisorische Regierung aus Kjachate als «Volksregierung» ein. Am 5. November 1921 unterzeichnete die neue Volksregierung einen Geheimvertrag mit Moskau. In diesem Abkommen wird die Aeusseren Mongolei als selbständiger Staat bezeichnet. Der UdSSR werden besondere Vorrechte eingeräumt, während die früheren chinesischen Rechte mit keinem Wort erwähnt werden.

Die nachfolgenden Jahre sind erfüllt von zahllosen Versuchen der Mongolen, ihre Freiheit wiederzugewinnen und von brutalen Eingriffen, Konfiskationen, Klosterschliessungen und bluti-

gen Strafgerichten der sowjetischen Kolonialverwaltung, vor allem in den Jahren 1937—39.

Am 14. August 1945 erkannte China die «Unabhängigkeit» der Aeusseren Mongolei vertraglich an. Am 27. Februar 1946 wurde zwischen Moskau und der «Volksregierung» der Mongolei ein Freundschafts- und gegenseitiger Hilfsvertrag abgeschlossen. Im sowjetisch-chinesischen Vertrag vom 14. Februar 1950 musste China in eine Garantie des bestehenden Zustandes einwilligen.

Strategische Bedeutung nimmt noch zu

Sowohl für die Sowjetunion wie für China ist die Aeusseren Mongolei von grosser strategischer Bedeutung. Die russische Gegenwart in der Mongolei bedeutet eine ständige Bedrohung der Mandschurei und der Stadt Peking. Die Mongolei in chinesischer Hand wäre eine ernste Bedrohung für die Sicherheit der Transsibirischen Eisenbahn, der einzigen Landverbindung zwischen dem europäischen Russland und dem Fernen Osten.

Sicher ist es ein ernstes Anliegen der Chinesen, die Sowjetunion aus dem alten chinesischen Kolonialgebiet der Mongolei nach Norden abzu drängen. Ebenso wenig, wie sich Peking mit dem Verlust Tibets abgefunden hat, wird es sich auf die Dauer mit einem Verlust der Mongolei abfinden. Das chinesische Vorgehen in Tibet hat Moskau auch sofort veranlasst, seine Position in der Mongolei zu festigen und auszubauen.

Nach offiziellen Angaben hat die Mongolei von den UdSSR und den anderen europäischen Mitgliedsländern des Comecon bis 1965 Schenkungen und Darlehen in Höhe von mehr als 700 Millionen US-Dollar erhalten. Pro Kopf der Bevölkerung ergibt das rund 756 US-Dollar, das ist die höchste Wirtschaftshilfe, die der Sowjetblock jemals einem Entwicklungsland zukommen liess.

Das RGW-Baby ist Lieblingskind

Bis 1955 war die Mongolei allein auf die Unterstützung durch die Sowjetunion angewiesen; mit deren Hilfe wurden die ersten Schulen gegründet, medizinische und wissenschaftliche Einrichtungen geschaffen.

Die Mongolei verfügt heute über 15 Berufsfachschulen sowie 15 als Hochschulen bezeichnete Bildungsanstalten, die etwa einer Berufsfachschule im Westen entsprechen. Erwähnenswert sind die Staats-Universität «Tschobalsan» in Ulan Bator mit 1800 Studierenden und das 1958 gegründete Landwirtschaftliche Institut mit 1200 Studenten. Die Zahl der Akademiker ist indessen noch sehr gering. 1960 gab es vier Doktoren und 92 Personen mit einem akademischen Grad.

Natürlich gibt es auch eine Parteischule in Ulan Bator. Der kulturelle Einfluss der Sowjetunion ist so stark, dass 1941 von der Regierung beschlossen wurde, die mongolische Schrift durch kyrillische Buchstaben zu ersetzen.

Dank der Hilfe des Ostblocks, in erster Linie der UdSSR, hat die Wirtschaft der Mongolei in den letzten Jahren eine schnelle Entwicklung erfahren. Der Bruttowert der Industrieproduktion stieg von 187,1 Millionen Tugrik 1952 auf 567,9 Millionen Tugrik 1960, d. h. im Laufe von neun Jahren hatte sich der Bruttowert der Industrieproduktion etwa verdreifacht (im offiziellen Kurs entspricht ein Tugrik ungefähr einem Franken).

Dank dem grossen politischen Interesse der UdSSR an der Mongolei, ihrem starken wirtschaftlichen Engagement, der geringen Bevölkerungszahl und den natürlichen Reichtümern des Landes ist der Lebensstandard der Bevölkerung in der Mongolei beträchtlich höher als in den anderen kommunistischen Ländern Asiens.

Die Festigung der sowjetischen Positionen in der Mongolei ist also auch abgesehen von den schieren Machtverhältnissen in den letzten Jahren eine Tatsache geworden: politisch, wirtschaftlich, kulturell. Und mit jedem Tag, der verstreicht, werden die Bindungen enger. Die Zeit arbeitet hier also gegen China, das weder die Macht hat, sich dieses Territorium anzueignen, noch die wirtschaftliche Möglichkeit, die Aeusseren Mongolei als besserer Hauptpartner zu umwerben. Allerdings besteht das Land noch immer vor allem aus einem dünnbesiedelten Raum, der zum Einschleusen einlädt. Das kann noch Chinas Trumpf werden. Aber ob es ein gerade jetzt akuter Trumpf ist, bleibt zu sehen. D. A. O.